

Umstritten: die Friedenspolitik der Linkspartei

Am 30. Oktober und 1. November 2020 findet der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE statt, wo es nicht zuletzt um eine mögliche Regierungsbeteiligung nach den nächsten Bundestagswahlen im Herbst nächsten Jahres gehen wird. Unüberhörbar wird dabei von der SPD und mehr noch von den Grünen gefordert, dass die LINKE ihre bisherigen außenpolitischen und NATO-kritischen Positionen korrigieren müsse.

*Führende Köpfe der Linkspartei sind deshalb bereit, schon im Vorfeld dafür Grundpositionen in Frage zu stellen. Ein Aufruf aus der Friedensbewegung stellt sich dem entgegen (www.frieden-links.de). Über den Diskussionsstand in der Linkspartei und in der Friedensbewegung diskutierten zwei der Initiatoren: Reiner Braun (u.a. Vizepräsident des Internationalen Friedensbüros) und Ekkehard Lentz (Sprecher*innenrat des Bremer Friedensforums). Das Gespräch wurde geführt von Sönke Hundt.*

*Nachfolgend sind die wesentlichen Inhalte des Gesprächs von **Karl-Heinz Peil** – der gleichfalls Mitinitiator des Aufrufs ist - in einer redaktionellen Kurzfassung zusammengestellt. Das 35-Minuten-Video des Gespräches ist abrufbar bei www.weltnetz.tv unter <https://weltnetz.tv/video/2400-umstritten-die-friedenspolitik-der-linkspartei>*

siehe auch: Kernforderungen zum Frieden und gegen den Krieg

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=64854>

Frieden in Europa ist Frieden mit Russland

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=64469>

Für uns ist die Zusammenarbeit der Linkspartei mit der Friedensbewegung nach wie vor ein hohes Gut, da es der Friedensbewegung hilft, unter schwierigen Bedingungen zu mobilisieren und zugleich auch der Partei selbst hilft, ihr Ansehen in großen Teilen der Bevölkerung zu erhöhen, die nach wie vor friedenspolitisch eingestellt sind. Damit kann die Linkspartei auch ein Thema als Alleinstellungsmerkmal beanspruchen, das für viele Menschen wahlentscheidend ist. Deshalb haben die jüngsten Äußerungen führender Vertreter der LINKEN, die bereits früher immer wieder mal gelegentlich vorkamen, gerade jetzt in einer Zeit zugespitzter Positionierungen uns aufgerüttelt und zur Initiative für eine notwendige Debatte veranlasst.

Wir befürchten, dass Teile der Partei einen ähnlichen Weg gehen wie die Grünen, die aus der Anti-Atom- und Friedensbewegung entstanden und damit auch wichtiger Bündnispartner in den 80er Jahren gewesen sind. Die LINKE hat sich historisch aus zwei Grundpositionen entwickelt: Zum einen als sozialer Widerstand gegen die Hartz-IV-Gesetze und zum anderen als Alternative in der Friedensfrage, die sie formuliert hat, nachdem diese Positionen von SPD und Grünen aufgegeben wurden, vor allem seit dem völkerrechtswidrigen Jugoslawien-Krieg der NATO 1999, als deutsche Kampfjets erstmals nach dem zweiten Weltkrieg Jugoslawien bombardierten.

Zum Umgang mit der NATO

Im 2011 beschlossenen Erfurter Programm der Linkspartei heißt es:

"Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird Die LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird."

Man kann diese Formulierung als Kompromiss von unterschiedlichen Positionen ansehen, die es nicht nur innerhalb der Linkspartei, sondern auch innerhalb der Friedensbewegung gibt. Unserer Ansicht nach sollte der Bundestag den Austritt aus dem aggressiven Militärbündnis NATO beschließen, da die Existenzgrundlage der NATO als Gegenpart zum Warschauer Pakt entfallen ist. Die NATO ist heute weltweit mit Interventionstruppen und neuen Allianzen präsent. Die programmatisch erfolgte Unterscheidung

zwischen militärischem Ausscheiden und politischem Verbleib in der NATO bezieht sich historisch auf Frankreich, das 1966 unter seinem Präsidenten De Gaulle diesen Weg beschritten hat. Das heißt aber, dass man den politischen Kurs prinzipiell weiter unterstützt. Eine rot-rot-grüne Mehrheit könnte den Mut haben, einen Austritt zu beschließen, was dann das faktische Ende der NATO bedeuten würde, weil dann eine Reihe weiterer NATO-Staaten diesem Schritt folgen würden. Dieses wäre aber keine zwingende Forderung an eine künftige Regierungspolitik. Es müssten aber zumindest Schritte eingeleitet werden, um den Einfluss der NATO zu reduzieren, z.B. durch eine deutsche Nicht-Beteiligung an Militärinterventionen und eine reale Friedenspolitik. Mit zwei zwingenden Elementen könnten wir uns auch mit einer grün-rot-roten-Koalition anfreunden. Erstens: Partnerschaftliche Beziehungen zu Russland, was als allererstes eine Aufhebung der Wirtschaftssanktionen per einfachen Bundestagsbeschluss erfordert. Zweitens: Substantielle Abrüstungsschritte und zwar nicht nur kosmetisch durch, sondern 10% weniger Rüstungsausgaben Jahr für Jahr.

Menschenrechtsdebatte und Friedenspolitik

In vielen Diskussionen zeigt sich: Wenn das Gespräch auf Russland zu sprechen kommt, kommt es sehr schnell zu einer Menschenrechtsdebatte, aktuell noch wesentlich verstärkt durch die Nawalny-Affäre. Deshalb ist zu fragen, wie legitim es ist, Menschenrechte mit der Friedensfrage zu verknüpfen. Das oberste Menschenrecht ist für uns der Frieden. Dazu gehört, dass wir partnerschaftliche Beziehungen zu dem Land führen, dem Deutschland so viel Leid zugeführt hat und dass wir natürlich bei auftretenden Problemen der einen oder anderen Seite diese auf diplomatischen Wege ansprechen. Russland ist nicht nur das flächenmäßig größte Land der Welt, sondern gehört geografisch zu Europa. Wir müssen aber die derzeit laufende Hetze auf allen Kanälen unterbinden. Dabei hat natürlich Die LINKE eine hohe Verantwortung als einzige Partei im Bundestag, die bisher die Positionen der Friedensbewegung und zugleich für vernünftige Beziehungen zu Russland vertreten hat.

Die Menschenrechtsheuchelei in der deutschen Politik mit zahlreichen Beispielen doppelter Standards ist mittlerweile kaum noch erträglich. Während man Russland vorwirft, die Menschenrechte grob und mörderisch zu missachten, hat Saudi-Arabien einen Journalisten ermorden, zersägen und in Säure auflösen lassen. Trotzdem laufen nach kurzer Zeit die Rüstungsexporte und die Beziehungen zu diesem Staat weiter, ohne dass transatlantische Politiker wie Norbert Röttgen oder Annalena Baerbock ihren Protest dagegen ausdrücken. Wie kann man ernsthaft über Nawalny und Belarus zu Menschenrechten reden, wenn man sieht, was auf Lesbos im Flüchtlingslager Moria geschieht? Was dort geschehen ist, gehört zur deutschen Verantwortung für Menschenrechte. Wer über Menschenrechte ernsthaft diskutieren will, muss sich zuerst an die eigene Nase fassen und die Verantwortung klar benennen, die die deutsche Politik für Menschenrechtsverbrechen hat. Die Doppelmoral mit selektiven Einmischungen, wo geostrategische Interessen vorhanden sind, ist keine Grundlage für einen Menschenrechtsdiskurs.

Propaganda und die Rolle der Medien

Seit dem Jugoslawien-Krieg 1999 haben die Regierenden in diesem Land geschickt die Menschenrechtsfrage mit der Friedensfrage verbunden. Diese wird nicht nur über Medien, sondern auch viele Think-tanks transportiert. Hierzu müssen Gegenpositionen gesetzt werden, auch um das Bewusstsein von jungen Mitgliedern in der Linkspartei weiter zu entwickeln. Diese Gegenposition kommt aus der Friedensbewegung, die nicht nur auf Frieden als oberstes Menschenrecht verweist, sondern auch vor der strategischen Konsequenz dieser Verknüpfung warnt, womit ein ehrlicher Menschenrechtsdiskurs eingefordert wird. Deshalb ist es verheerend, wenn sich auch führende Mitglieder der LINKEN an diesem herrschenden Diskurs beteiligen und irgendwelche Schritte von Russland fordern, die überhaupt nicht angebracht sind, da hierzulande zunächst Aufklärung mit einer kritischen Sicht auf Menschenrechtskampagnen geleistet werden muss.

Dazu gehört auch die Aufklärung darüber, dass unser Land bereits Kriege führt, bei denen es nicht um die Verteidigung von Menschenrechten geht, sondern um Marktanteile, Rohstoffe und geopolitischen Einfluss.

Wir müssen vor allem jungen Menschen klarmachen - die sich derzeit vor allem bei Fridays for Future engagieren - was Krieg bedeutet, nicht nur für die davon betroffenen Menschen, sondern als der größte Klimakiller. Hier können wir einiges bewegen, wenn die Linkspartei mit ihren profunden Kenntnissen, Verbindungen und finanziellen Ressourcen weiterhin am Ball bleiben würde und im Bewusstsein ihrer Herkunft ihre parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit fortsetzt. Das wäre auch im Interesse ihrer Mitglieder.

Wie realistisch ist eine Linkskoalition?

Eine Koalition auf Bundesebene ist aus heutiger Sicht nicht relevant, da gemäß aktuellen Meinungsumfragen eine solche Konstellation keine Mehrheit hätte und sich zudem ganz andere Koalitionspläne abzeichnen. Vor allem bei der Partei Bündnis90/Die Grünen sieht man diametrale Widersprüche zu den Positionen, wie sie von der Linkspartei vertreten werden. Diese Partei entwickelt sich immer mehr zum Vasall der US-Regierung, sogar noch extremer als Teile der CDU, was aktuell in der Nawalny-Debatte besonders deutlich wird.

Prinzipiell könnte ein solches Regierungsbündnis nur erfolgreich sein, wenn es eine breite gesellschaftliche Basis mit außerparlamentarischen Bewegungen für notwendige Veränderung gäbe. Diese bestünden erstens in klaren friedenspolitischen Grundpositionen und zweitens in der Mitwirkung an einer großen außerparlamentarischen Transformationsbewegung. Ein parlamentarischer Zusammenschluss dieser drei Parteien würde nur mit einer starken sozialen Bewegung in diesem Sinne erfolgreich sein, da ein immenser Gegendruck von der Kapitalseite zum Fiasko für diese Koalition führen würde. Wenn diese aber nur ein Verwaltungsbündnis mit grünen Anstrich wird, so ist dieses historisch überflüssig und wird in einem Fiasko für Die LINKE enden. Zahlreiche Beispiele dafür gibt es dafür bereits aus anderen europäischen Ländern.

Wer muss sich in welcher Weise ändern?

Deutsche Friedenspolitik kann nur durch Veränderungen bei SPD und Grünen eingeleitet werden, als eine Rückkehr zu früher bereits formulierten Friedenspositionen. Bei der SPD wäre es ein Festschreiben des Berliner Programms von 1989 und bei den Grünen eine Besinnung auf die pazifistischen Wurzeln und Grundpositionen. Das heißt: Veränderungen sind notwendig, aber zu allerletzt bei der Linkspartei, wenn wir über Friedenspolitik diskutieren.

Hoffnungen auf Veränderungen bestehen aber durchaus aufgrund geostrategischer Interessen der Exportnation Deutschland, die wirtschaftlich nur überlebensfähig ist mit kooperativen Beziehungen zu notwendigen Handelspartnern, denn die derzeitige Konfrontationspolitik hat zunehmend negative Rückwirkungen auf die Exportpolitik. Aus den USA sind hingegen keine positiven Veränderungen zu erwarten, denn dort wird außenpolitische Konfrontation innenpolitisch instrumentalisiert. Auch mit einer Präsidentschaft Joe Biden würde sich deshalb die US-Politik weiterhin sehr stark gegen Russland und noch verstärkt auch gegen China richten. Deshalb ist eher die Frage, ob die derzeitigen Probleme der EU zu einer Politik führen kann, die auf Entspannung setzt. Anzeichen dafür sind bei dem französischen Präsidenten Macron zu erkennen.

Entscheidend wird aber letztlich sein, ob in verschiedenen Ländern auch eine Bewegung von unten die notwendige Entspannungspolitik einfordert. Dabei müssen wir uns in Deutschland natürlich selbstkritisch an die eigene Nase fassen, denn wir sind derzeit noch nicht in der Lage, die Friedensbewegung zu einer umfassenden sozialen Massenbewegung zu entwickeln, die notwendig wäre, um den Druck auf die Politik zu erhöhen. Deshalb ist unser Appell nicht nur an die LINKE mit der Kernaussage "Bleibt bitte bei eurer Friedensposition" gerichtet, sondern auch eine breit angelegte Aufforderung, die Friedensbewegung als soziale Bewegung wesentlich zu stärken.

Gibt es eine Verbreiterung der Friedensbewegung?

Wie nie zuvor gab es am 1.9. zum diesjährigen Antikriegstag viele gemeinsame Veranstaltungen der Friedensbewegung mit den Gewerkschaften. Dieses galt sicherlich für mehr als zwei Drittel der bundesweit

insgesamt 132 Veranstaltungen. Vor allem ist dieses auf die Entwicklung des Bündnisses "Abrüsten statt Aufrüsten" zurückzuführen.

Wir haben den Eindruck, dass die Friedensfrage auch innerhalb der SPD wieder eine größere Rolle spielt. Ein aktuelles Beispiel dafür ist Andreas Bovenschulte, der als Bürgermeister von Bremen auf der örtlichen Kundgebung zum Antikriegstag eine fulminante Rede gehalten hat. Zu nennen ist auch Rolf Mützenich als Fraktionsvorsitzender im Bundestag, der die friedenspolitische Debatte innerhalb der SPD wesentlich verstärkt hat. Dieses muss man auch im Kontext zu den nach wie vor stark sozialdemokratisch beeinflussten Gewerkschaften sehen. Wir können uns deshalb nichts Besseres vorstellen, als wenn zwei Parteien mit einem friedenspolitischen Profil in den Bundestagswahlkampf ziehen würden. Dann könnte es gelingen, dass die Friedensfrage die ihr zukommende Rolle spielen würde.